

Kapitel 1: Lebensgrundlagen schützen



46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Marina Ploghaus (KV Frankfurt)

Änderungsantrag zu PB.L-01

Von Zeile 433 bis 444:

Deutschland braucht eine Infrastrukturentwicklung, die an den Zielen der Mobilität für alle und an Klimaneutralität ausgerichtet ist Deshalb verzichten wir gänzlich auf den Fern- und Bundesstraßenneu- und Ausbau und legen den Fokus auf den Ausbau von Schienen, Radwegen und auf eine intelligente Vernetzung umweltfreundlicher Verkehrsmittel ~~legt~~. Auch die [Zeilenumbruch]

Vermeidung von Verkehr, unter anderem durch bessere Bedingungen für Homeoffice und die [Zeilenumbruch]

Wiederkehr der Nahversorgung in Orte und Stadtviertel, werden wir unterstützen. Wir werden [Zeilenumbruch]

einen Bundesnetzplan 2050 erarbeiten, ~~in dem der Neu- und Ausbau der Verkehrsträger Straße, Schiene und Wasserstraßen im Hinblick auf~~ um die ~~Erreichung der Klimaziele neu bewertet wird~~ zu erreichen. [Zeilenumbruch]

Die anstehende Überprüfung des aktuellen Bundesverkehrswegeplans werden wir nutzen, um ~~nicht planfestgestellte Straßenneubauprojekte, insbesondere Autobahnabschnitte, noch einmal~~ alle Projekte auf den Prüfstand zu stellen und mit einem Klima- und Umweltcheck neu zu bewerten. Die Investitionen werden wir ~~umschichten~~ zugunsten der Sanierung maroder Infrastruktur und des Ausbaus der Schienen- und Radwegeinfrastruktur umschichten. [Zeilenumbruch]

[Zeilenumbruch]

Begründung

Aus dem Leitantrag des Bundesvorstandes

Zeile 44 und 45

„...Wir setzen Prioritäten. Von jetzt

an wird belohnt und gefördert, was Mensch und Tier, Klima und Natur schützt....“

Täglich werden ca. 60ha Fläche (Quelle NaBu) in Deutschland neu versiegelt. Dies vor allen Dingen für Straßenbau. Das ist mit den anderen Zielen des Programms - Wohnen - Artensterben stoppen, Ökologische Agrarwirtschaft, Biodiversitätsstrategie, sowie Erreichung der Klimaziele - nicht vereinbar. Deshalb müssen wir den Straßenneubau stoppen. Durch die Verkehrswende - Elektromobilität, Umsteigen auf ÖPNV, Fahrrad und andere Maßnahmen, werden der Verkehrslärm und die Abgase kurzfristig reduziert - und so werden auch Menschen, die direkt an Straßen wohnen, besser geschützt werden können. Die Verkehrswende macht aber auch einen Straßenneubau überflüssig.

(Quelle BM-Verkehr) Ca. 270 MRD EUR werden bis 2030 im Bundes-Verkehrswegeplan für den Erhalt und Neubau von Straßen, Schienen und Wasserwegen bereitgestellt. Mehr als die Hälfte der Summe- 142 MRD EUR wird bereits heute für den Erhalt der Verkehrswege benötigt. Da wir den

Fokus auf Radwege, Schienen und Wasserwege legen wollen, können wir hier **den Neubau von Straßen einsparen** und an anderer Stelle das Geld nachhaltig einsetzen.

Zukünftig werden die Schulden der Pandemie zurückgezahlt werden müssen, so daß es sinnvoll erscheint, auch Sparvorschläge einzubringen.

weitere Antragsteller*innen

Robert Jänicke (KV Frankfurt); Heike Strobel (KV Frankfurt); Philipp Lohner (KV Frankfurt); Pieter Zandee (KV Frankfurt); Antonia Schwarz (KV Berlin-Kreisfrei); Sabiene Barbara Döpfner (KV Frankfurt); Dieter Kaufmann (KV Frankfurt); Michael Klein (KV Cham); Bernhard Ziegler (KV Frankfurt-Oder); Johannes Lauterwald (KV Frankfurt); Raphael Marquart (KV Köln); Antje Windhuis (KV Frankfurt); Manuel Denkwitz (KV Frankfurt); Julia Eberz (KV Frankfurt); Marcus Schmitt (KV Main-Taunus); Alexander Mitsch (KV Frankfurt); Andrea Kroll (KV Frankfurt); Stephanie Wiehmann (KV Frankfurt); Beate Schmidt-Dickopf (KV Frankfurt); Juliane Ranck (KV Frankfurt); Nils Müller (KV Frankfurt); Daniel Brenner (KV Frankfurt); Cristina Sirbu (KV Frankfurt); Sue Ehmisch (KV Frankfurt)